Nummer 305

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 74. Jahrgang. Dienstag, 3. Juli 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis. Praxis des Arbeitsrechts. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jägler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Kemmer, Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,80 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frcs. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Notruf aus dem deutschen Osten.

Polens Absichten.

Von einem Ostdeutschen wird uns geschrieben:

Die von dem polnischen Außenminister Zaleski vor einigen Wochen in Paris eingeleitete Aktion hat bekanntlich nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland, namentlich in England, einiges Aufsehen erregt. Wenn man bei diesem Vorstoß nicht an eine, von französisch-polnischer Seite gemeinsam beeinflußte und bestellte, Arbeit zu denken hat, dann bleibt dieses polnische Vorgehen doch reichlich unverständlich. Glaubt man polnischerseits damit einen Druck in bezug auf die zwischen Deutschland und Polen schwebenden Handelsvertragsverhandlungen ausüben zu können? Fürchtet man, daß in nächster Zeit die immer unhaltbarer werdenden Zustände zu einer Anwendung des Artikels 19 der Völkerbundssatzung, wie sie der Versailler Vertrag vorsieht, führen könnten? Und hält man für richtig, den französischen Bundesgenossen gerade jetzt, in einer gewissen Pause außenpolitischer Verwicklungen, zu einem offenen Bekenntnis in dem Sinne veranlassen zu sollen, daß vom Reiche unbedingt eine Ausdehnung des in Locarno feierlichst ausgesprochenen Verzichtes auf Aenderung der Grenzverhältnisse im Osten verlangt werden müsse?

Artikel 19 der Völkerbundssatzung lautet:

„Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden können."

Erinnert man sich daneben der in der letzten Zeit auch von England (namentlich in Zeitschriften wirtschaftlichen Charakters) vertretenen Ansicht über die Notwendigkeit einer anderweiten Grenzziehung unter Beseitigung des polnischen Korridors, so erklärt sich zum Teil wohl die polnische Nervosität.

Selbstverständlich bemüht sich die nationale Presse Warschaus, ihrem Außenminister beizustehen, und zu ihren Organen dürfen wir auch die in Danzig in deutscher Sprache erscheinende, vom sogenannten „polnischen Generalkommissariat" (nicht nur materiell) gespeiste „Baltische Presse" rechnen. In dieser wird in einem vom 21. Juni datierten Aufsatz einerseits hervorgehoben, daß die großen osteuropäischen Probleme jetzt in den Brennpunkt des diplomatischen und politischen Interesses rücken, daß aber andererseits die Frage einer Revision der Friedensverträge weder heute noch zu einem späteren Zeitpunkt zur Debatte stehen dürfe. Der polnische Außenminister wird besonders gelobt, daß er die Stellung Polens in diesen Fragen klar präzisiert habe, nämlich:

1. daß eine Aufforderung zur friedlichen Revision der Friedensverträge einer Aufforderung zur kriegerischen Revision gleichkomme und damit eine friedensfeindliche Arbeit bedeute;
2. daß es dem Besitzer der Friedenspfänder nicht freistehe, diese Pfänder ohne ihre Ersetzung durch gleichwertige Garantien aus den Händen zu geben und damit den allgemeinen Frieden zu gefährden.

Diese letztere etwas diktatorisch anmutende Geste scheint auch den Engländern auf die Nerven gefallen zu sein, die sich dagegen sträuben, daß Polen sich ausgerechnet in Fragen der Rheinlandräumung einmischen wolle, und Frankreich wird sich wohl überlegen, ob seine Bündnispflicht so weit geht, seine Interessen gegenüber dem deutschen Westen hinter die polnischen Anmaßungen im Osten zurückzustellen. Entschieden geistreich wirkt auch die erste These, daß eine Aufforderung zur friedlichen Ordnung der, zugestandenermaßen doch vorhandenen, Probleme im Osten einer kriegerischen Revision gleichzusetzen sei. Auch hier das diktatorische: „ich will nicht" und „darin hast Du meine Begründung für die Ablehnung jener Grenzrevision zu erblicken."

Hält man diesen Erklärungen den oben zitierten Artikel 19 der Völkerbundssatzung entgegen, dann muß man in der Tat gestehen, daß Polen nicht ohne Grund diese besonders kecke Lippe glaubte riskieren zu müssen.

Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit Rücksichten auf die immerhin noch bestehende Gärung im Inland zu einer Ablenkung nach außen hin mitgewirkt haben, ob man, ähnlich wie seinerzeit in Frankreich, zur Dämpfung der — übrigens nicht übermäßig kochenden — Volksseele etwas Säbelgerassel für nötig hielt? Sehr wahrscheinlich ist diese Annahme nicht, weil Polen genug Anlaß hat, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse wegen, eine tunlichst ruhige Entwickelung seines innenpolitischen Lebens den ausländischen Geldgebern vorzutäuschen. Wir möchten vielmehr annehmen, daß Polen einmal fürchtet, politische Momente bei der Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland geltend gemacht zu sehen, und andererseits glaubt, daß die wirtschaftliche Not Ostpreußens wie Danzigs eine Aufrollung der Ostfragen in Bälde bringen muß, vielleicht etwas zu früh für die eigenen Absichten, da man meint, in einiger Zeit die deutschen Teile des Ostens durch wirtschaftlichen Druck so weit zermürbt zu haben, daß sie sich einer Angliederung an Polen von sich aus nicht mehr widersetzen möchten.

Natürlich bläst man zwischendurch die im Völkerbund stets wirkungsvolle Friedensschalmei, man will den Frieden und nichts als den Frieden, und deshalb schlägt man jeden anderen nieder, der auf eine friedliche Aenderung der als unmöglich erkannten Grenzlinien hinarbeitet. Nebenher hat man aber noch gerade bei dieser nach außen hin betonten pazifistischen Einstellung den geheimen Wunsch und die stille Hoffnung, ein sozialistisches Regiment im Reiche würde zu der gleichen Meinung zu bekehren sein, daß jede Aenderung der Grenzen, namentlich die Aufhebung des Korridors, von der Debatte auszuschalten sei.

Inzwischen drängt die Zeit; sie arbeitet gegen die Deutschen im Osten, und ein mit den ostpreußischen Verhältnissen wohlvertrauter Führer sprach neulich sein vollberechtigtes Bedauern darüber aus, wie wenig man sich im Reiche über die zur Entscheidung drängende gefahrvolle Lage Ostpreußens im klaren sei. Die Alternative stehe zur baldigen Entscheidung, entweder ist in einigen Jahren der Korridor deutsch oder Ostpreußen polnisch, und genau das gleiche gilt für Danzig. Diese schlimme Wahrheit muß ausgesprochen werden! Die Deutschen im Osten wollen aber nicht, daß man im Reich, schlecht unterrichtet wie man es bis heute ist, später ausrufen könnte: „ja, wenn wir das gewußt hätten."

Eine weitere Gefahr tritt heute hinzu. Sie liegt darin, daß man bei den an sich nicht erfreulichen Verhältnissen im Reiche und den eigenen häuslichen Sorgen die wiederholt herandrängenden Bittsteller aus dem Osten als lästig empfindet, und wir würden uns gar nicht zu wundern haben, wenn bei der rein materialistischen Einstellung der Linken im Reiche demnächst die Ansicht Platz griffe: Der Osten scheine doch kein gutes Geschäft mehr zu sein. Der Wunsch seiner Bewohner, vom deutschen Vaterlande nicht abgetrennt zu werden, hindere eine vernünftige wirtschaftliche Einstellung, die heute dahin führen müsse, den (man kann heute schon beinahe sagen ehemaligen) deutschen Osten mit den polnischen Nachbarn in die allein möglichen wirtschaftlichen Beziehungen zu bringen.

Wer sich dergestalt entnationalisieren kann, dem soll gar nicht bestritten werden, daß — rein wirtschaftlich gesehen — ein enger Anschluß an Polen Vorteile bringen könnte, wenn solches überhaupt von der Seite des slawischen Nachbars beabsichtigt und gewünscht wäre. Hier liegt insofern ein bedenklicher Trugschluß vor, als Polen nicht daran denkt, die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Ostens irgendwie zu begünstigen, so lange es nicht die bestimmte Aussicht hat, diesen sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch angliedern zu können. Alle Freundschaftsversicherungen, Schiedsgerichtsverträge, Nicht-Angriffspakte und Verbrüderungsaktionen im Zeichen des Völkerbundes können niemals darüber hinwegtäuschen, daß Polen heute mehr denn je an die Ostsee drängt, sich keineswegs mit dem ihm zugestandenen offenen Zugang zum Meere durch den Danziger Hafen begnügen will, sondern zum mindesten von Stolp bis Memel die Küste mit ihrem in hoher Kultur stehenden Hinterland sich angliedern will. Da ein solcher Zuwachs aber ein bedenkliches Anschwellen der an sich heute schon beträchtlichen fremdstämmigen Minderheiten bedeuten würde, so muß Polen gleichzeitig darauf bedacht sein, alles was sich deutsch fühlt und nicht der slawischen Herrschaft unterordnen will (durch politische oder wirtschaftliche Mittel) außer Landes zu bringen.

Daß dieses Ziel im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo der Osten mit Danzig vor dem Erliegen steht, von polnischer Seite nicht offen zugegeben wird, ist durchaus verständlich. Aber bei dem heißblütig sprudelnden Nationalpolen bricht doch dann und wann die wahre Meinung durch, die gerade schwer im Augenblicke des bevorstehenden Triumphes (auf diesen hofft der Pole zuversichtlich) zurückzuhalten ist.

Es seien hierzu zwei Beweise angeführt.

Der polnische Gesandte in Brüssel, Minister Filipowicz, spricht in der „English Review" vom Juni dieses Jahres davon, mit welchen Wünschen Polen bei den Versailler Beratungen hervortrat, natürlich bedauernd, daß diese Forderungen nicht bewilligt wurden. Er zitiert dort wörtlich:

„Das Problem lag bei dem Ausgang zur See — bei der Stadt Danzig. Die Polen schlugen vor, Danzig Selbständigkeit zu geben, aber es von Polen abhängig zu machen. Der polnische Delegierte in einer der Friedenskommissionen behauptete, daß diese Regelung seit 300 Jahren mit Danzig bestanden hätte, vor der Teilung Polens. „Die Deutschen", sagte er, „respektieren Autorität, sogar die extremsten Elemente unter ihnen werden, wenn sie sich vor einer endgültigen Situation sehen, loyale Bürger Polens werden. Polen wird mit oder ohne Minoritätenverträge die deutsche Sprache in Danzig respektieren, genau wie es sie in alten

Der Weg der Deutschnationalen

Fall Lambach. — Oberfohren und Lindeiner Gehilfen Westarps.

Gestern hat, wie wir schon meldeten, eine Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei stattgefunden, die sich mit wichtigsten internen Angelegenheiten beschäftigte. Nach Schluß der Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Die Reichstagsfraktion der D. N. V. P. hielt am Montag, den 2. Juli, vormittag eine Sitzung ab, die bis in den späten Nachmittag währte. Gegenstand der Erörterung im Verlauf der politischen Aussprache war der in der „Politischen Wochenschrift" veröffentlichte Aufsatz „Monarchismus" des Abg. Lambach, sowie die Neuwahl des Fraktionsvorstandes. In der Angelegenheit Lambach wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion behandelte in der heutigen Sitzung u. a. den Artikel „Monarchismus", den der Abg. Lambach in der „Politischen Wochenschrift" veröffentlicht hat. Es lag eine Erklärung des Abg. Lambach vor, wonach er mit seinem Artikel die Absicht verfolgt habe, als überzeugter Monarchist und in vollem Einklang mit dem deutschnationalen Parteiprogramm die Werbung für den deutschnationalen Gedanken zu fördern. Die Fraktion ist der Ueberzeugung, daß der fragliche Artikel für diesen Zweck ungeeignet ist, und mißbilligt ihn nach Form und Inhalt."

Das Ergebnis der Wahl des Fraktionsvorstandes war folgendes:

Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde Graf Westarp wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden die Abgg. Dr. Oberfohren und v. Lindeiner-Wildau gewählt.

Die Führung der inneren Geschäfte der Fraktion wurde, wie bisher, Geheimrat Schulz-Bromberg übertragen. Graf Westarp und die Stellvertreter nahmen die Wahl unter lebhaftem Beifall der Fraktion an.

„Jungnationaler Ring."

Wie verlautet, hat sich ein Kreis von rechtsstehenden Politikern gebildet, der demnächst möglicherweise unter dem Namen „Jungnationaler Ring" vor die Oeffentlichkeit treten will. Zu den internen Vorgängen bei der Deutschnationalen Volkspartei geht uns aus diesem Kreis folgende Zuschrift zu:

„Der Kampf um das Schlagwort Monarchismus droht die Begriffe weiter Kreise von den wesentlichen Zielen der nationalen Rechten zu verwirren. Wesentlich ist für uns nicht die Form, sondern der Inhalt, nicht der Weg, sondern das Ziel. Deshalb empfinden wir die Frage „Monarchismus?" als gründlich falsch gestellt. Nicht um republikanisch oder monarchistisch geht es, sondern um Aufstieg oder Stagnation. Wir bekennen uns zur Republik, weil wir aus ihr ein neues größeres Deutschland hervorgehen lassen wollen. Das monarchische Problem ist gegenüber dem Hauptterfordernis, den Staat zu stärken und die Nation zu einen, gar nicht aktuell. Wenn wir der Deutschnationalen Volkspartei zu dem Kampf der Lambachs und Eberlinge einen Rat geben dürfen, so ist es der: Dem Vorschlage Lambachs „gleiches Recht für Monarchisten und Republikaner in einer konservativen Partei" zu willfahren, was furchtbar einfach ist, weil solche Parität ja praktisch längst besteht; im übrigen jedoch den Sinn auf Wichtigeres zu sammeln, sich lieber mit den Nöten der Zukunft zu schlagen als mit Schemen der Vergangenheit."

Flieger-Empfang in London.

Warme Anteilnahme der Bevölkerung.

London, 2. Juli.

Die „Bremen"-Flieger trafen von Hamburg kommend in den ersten Nachmittagsstunden auf dem Flugplatz Croydon ein, wo sie von Legationssekretär Dr. Feine im Namen des deutschen Botschafters willkommen geheißen wurden. Leutenant Colonel Ivo Edwards von der Abteilung für zivile Luftfahrt des Luftschiffahrtsministeriums und Leutenant Commander Perrin vom Royal Air Club waren zur offiziellen Begrüßung der Flieger erschienen. Eine große Menschenmenge bereitete den Fliegern herzliche Kundgebungen. Nach der Landung äußerte von Hünefeld gegenüber Vertretern der englischen Presse:

„Ich habe immer den Wunsch gehabt, hierher zu kommen, aber ich habe mir niemals träumen lassen, daß meine Ankunft ein solches Interesse und ein solches Getümmel auslösen würde. Sie können wohl erraten, wie tief meine Dankbarkeit ist über die Wärme, mit der man uns hier willkommen geheißen hat." Köhl sagte lächelnd: „Was hier für ein Enthusiasmus herrscht wegen eines kleinen Ausflugs über ein paar Meilen Wasser! Wenn wir einmal den Mond erreicht haben werden, werden wir, denke ich, unsere Portraits malen lassen."

Die drei Flieger wurden dann zu den bereitstehenden Automobilen geleitet. Der Royal Aero-Club gab im Savoy-Hotel ein Frühstück zu Ehren der Flieger, das infolge der Landungsschwierigkeiten zunächst eine Stunde hinausgeschoben wurde. Es trat dann der ungewöhnliche Fall ein, daß die Teilnehmer am Frühstück sich zunächst in Abwesenheit der hauptsächlichsten Gäste zu Tisch setzen mußten. Lord Thomson, der der Tafel präsidierte, empfing dann die Flieger im Namen des Clubs mit einer Rede, in der er sich an jeden der Flieger wandte, so an Baron von Hünefeld als den besten Sportsmann, womit er sagen wollte, daß kaum ein höherer Ausdruck der Anerkennung aus dem Munde eines Engländers kommen könne, an Hauptmann Köhl, dessen Leistungen als Pilot und dessen Ausdauer über alle Bewunderung erhaben seien, und an Major Fitzmaurice, der dem altüberlieferten Streben der Iren nach dem besten Erfolg gefolgt sei.

Major Fitzmaurice wies in seiner Rede besonders darauf hin, daß die Mitnahme von drahtlosen Empfangsapparaten von größter Wichtigkeit sei. Hätten sie solche gehabt, wäre ihnen die Navigation von Neufundland nach New-York sicherlich geglückt. Er ging dann auf die drei Möglichkeiten für den transatlantischen Flugverkehr ein, die die Fluglinien Amerika — Neufundland — Azoren, Amerika — Bermudas — Azoren und Amerika — Neufundland — Irland. Der letztere Flugweg sei der aussichtsvollste. Die deutschen Flieger dankten kurz in englischer Sprache für den Empfang. Im Namen der Gäste hieß darauf Botschafter Sthamer die Flieger willkommen. Der Vertreter der irischen Regierung erklärte, das Unternehmen, das von Mitgliedern zweier Nationen durchgeführt worden sei, erweise sich als Ehrgeiz der Menschen, nicht nur nach dem Ruhm des Soldaten zu trachten, sondern nach dem Heldentum, das auch in vielen anderen Dingen zu finden sei.

Im Anschluß daran begaben sich die Flieger **zum Tee-Empfang in die deutsche Botschaft**, wo sich eine große Anzahl von Mitgliedern der deutschen Kolonie sowie sämtliche Vertreter der deutschen Dienststellen in London eingefunden hatten. Auch die führenden Persönlichkeiten der englischen Zivil- und Militärluftfahrt waren anwesend.

Chile gibt 3000 deutschen Kolonisten Land.

TU Buenos Aires, 2. Juli.

Die chilenische Regierung hat im fruchtbaren Bezirk Aysen 18 000 Hektar deutschen Kolonisten zur Verfügung gestellt. Jeder Kolonist soll sechs Hektar erhalten. In den nächsten Monaten werden 3000 Kolonisten aus Deutschland erwartet.